



BDA | DIE ARBEITGEBER
Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:
Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Briefadresse:
11054 Berlin

T +49 30 2033-1953
F +49 30 2033-1955

wrst.mail@arbeitgeber.de
www.wrst.de

ISBN 978-3-938349-64-9

52 Digitale Demokratie, Netzfürheiten, plebiszitäre Kampagnen: Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft

DIGITALE DEMOKRATIE, NETZFREIHEITEN, PLEBISZITÄRE KAMPAGNEN: AUSWIRKUNGEN AUF POLITIK UND GESELLSCHAFT

VERÖFFENTLICHUNGEN DER WALTER-RAYMOND-STIFTUNG DER BDA

BAND 52

**DIGITALE DEMOKRATIE, NETZFREIHEITEN,
PLEBISZITÄRE KAMPAGNEN: AUSWIRKUNGEN
AUF POLITIK UND GESELLSCHAFT**

50. Kolloquium der Walter-Raymond-Stiftung
Berlin, 25. und 26. März 2012

Mit Beiträgen von
Christoph Bieber, Norbert Bolz, Karl-Rudolf Korte, Wolfgang
Lünenbürger-Reidenbach, Sebastian Nerz, Jimmy Schulz MdB

und
einer Bilanz von
Dietrich Creutzburg

Die Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung
erscheinen im Verlag der



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

VERÖFFENTLICHUNGEN DER WALTER-RAYMOND-STIFTUNG, BAND 52

Digitale Demokratie, Netzfreiheiten, plebiszitäre Kampagnen: Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft

Herausgeber: Walter-Raymond-Stiftung der BDA

Verlag: © **GDA** • Gesellschaft für Marketing und Service
der Deutschen Arbeitgeber mbH
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.gda-kommunikation.de

Alle Rechte bei der Walter-Raymond-Stiftung

Gestaltung: **GDA** • Gesellschaft für Marketing und Service
der Deutschen Arbeitgeber mbH

Printed in Germany

ISBN 978-3-938349-64-9

INHALTSVERZEICHNIS

VORTRÄGE UND BILANZ

SEBASTIAN NERZ

Zum Selbstverständnis der Netzbürger – Transparenz und Netzfreiheiten.... 7

PROF. DR. CHRISTOPH BIEBER

Digitale Freiheiten und Bürgerrechte – Wie politisch wirksam
sind Nerds und Blogger?..... 17

PROF. DR. NORBERT BOLZ

Das Internet als Katalysator für den Wandel von Sprache und Kultur 29

JIMMY SCHULZ MdB

Chancen der digitalen Demokratie annehmen –
Von der Pressemitteilung zur Echtzeitkommunikation..... 39

WOLFGANG LÜNENBÜRGER-REIDENBACH

Graswurzelbewegungen – Mehr Macht für die Basis?..... 47

PROF. DR. KARL-RUDOLF KORTE

Neue Repräsentanten, neue Mehrheiten: Welchen Einfluss hat das Netz?
Kommt das imperative Mandat aus dem Netz?..... 57

DIETRICH CREUTZBURG

„Luftballons werden im Wahlkampf auch in Zukunft noch verteilt“
Eine Bilanz des Kolloquiums 73

ANHANG

Referenten..... 92

Teilnehmer 99

Die Walter-Raymond-Stiftung..... 105

Gremien der Walter-Raymond-Stiftung 106

Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung 108

VORTRÄGE UND BILANZ

SEBASTIAN NERZ

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER NETZBÜRGER – TRANSPARENZ UND NETZFREIHEITEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst einmal vielen herzlichen Dank für die Einladung. Es freut mich, dass die Diskussion über das Internet und die sozialen Implikationen des Netzes jetzt auf einer sehr viel breiteren Basis stattfindet, und ich freue mich auch auf diese Diskussion, denn eine Sichtweise auf ein Thema zu haben, in meinem Fall die Sichtweise eines Menschen, der mit dem Internet aufgewachsen ist, hilft politisch nicht weiter, man braucht viele Sichtweisen. Auf Neudeutsch spricht man von der „filter bubble“, in der man sich im Netz bewegt, seiner eigenen kleinen Seifenblase. Auch ein Politiker schwebt in einer solchen Blase und es ist dringend notwendig, dass er sie so oft wie möglich aufstößt. Daher hoffe ich, dass ich, ganz eigennützig, aus der Diskussion, die sich hier anschließen wird, viel mitnehmen werde. Denn wie es im „Herr der Ringe“ heißt: Die Welt ist im Wandel.

Das hört sich im ersten Moment sehr melodramatisch an, aber es ist die schlichte Wahrheit. Wenn wir in die arabischen Länder sehen, sehen wir die Änderungen sofort. Ganz trivial aber auch in unserer täglichen Arbeitsweise. In unserem Aktenkoffer oder auf unserem Schreibtisch sehen wir eine Entwicklung. Vermutlich haben die meisten hier ein Smartphone, iPad, ein Netbook, ein Notebook, einen PC auf dem Schreibtisch, irgendetwas Ähnliches und Sie arbeiten alltäglich mit dem Internet. Egal, ob es direkt und bewusst ist oder ob es unbewusst ist. Direkt bewusst z. B. beim Googeln oder bei der sozialen Interaktion auf Facebook. Direkt, aber nur teilweise bewusst, wenn man mailt oder, in immer mehr Fällen, wenn man telefoniert. Denn, was die meisten nicht wissen, ein großer Teil der Telefonanschlüsse in Deutschland wird mittlerweile entweder sofort oder spätestens nach der ersten Schaltstelle über Voice-Server-IP getunnelt und ist damit kein klassischer Telefonanschluss mehr, sondern läuft auch über das Internet und ist daher betroffen von neuen rechtlichen Regelungen wie z. B. zur Vorratsdatenspeicherung.

Dazu gibt es noch indirekte oder unbewusste Nutzungen des Netzes im täglichen Leben. Die Navigationsinstrumente in den Autos laden ihre Karten, die Routen aus dem Netz. Die Urlaubsfotos von mehr und mehr Menschen wer-

den im Netz gespeichert, z. T. auch, ohne dass man das bewusst macht. Die ersten Kameras laden die Bilder direkt hoch, Handys machen das teilweise auch.

Das ist eine Veränderung, eine unbewusste Nutzung des Internets, die in nächster Zeit noch sehr viel intensiver werden wird. Wir sehen bereits Entwicklungen im Bereich von 3-D-Druckern, FabLabs und Rapid Prototyping. Man hat ein kleines Gerät neben dem Computer stehen, drückt auf „Drucken“, und dort kommt nicht mehr ein Blatt Papier mit einem Text heraus, sondern z. B. das Modell eines Hauses, ein Auto, ein Lego-Teilchen oder auch das Modell eines Proteins an der Universität. Auch das wird die Diskussion über das Urheberrecht nicht gerade einfacher machen. Das Netz ist somit für einen sehr großen Teil unserer Gesellschaft zu einem sehr integralen Teil des Lebens geworden. Die Grenzen zwischen den Onlinern und den Offlinern, die man in den 90er-Jahren so gerne scharf gezogen hat, verschwimmen. Die Trennung zwischen der Politik und der Netzpolitik verschwimmen. Eigentlich sind sie schon irrelevant geworden. Wenn man von der Netzgemeinde redet, was meint man dann eigentlich? Nach aktuellen Studien sind bei den Jugendlichen z. T. 98, 99 % regelmäßig online. Regelmäßig nicht im Sinne von einmal die Woche, sondern jeden Tag, jede Minute. Es gibt Menschen, immer mehr Menschen übrigens, die beinahe ständig irgendwo im Netz unterwegs sind. Was ist dann die Trennung zwischen einem Onliner und einem Offliner? Es ist eine Trennung, die mit der Technik, der Gesellschaft des letzten Jahrtausends entstand und leider in der politischen Diskussion immer noch gezogen wird. Die Veränderung, die wir sehen, ist ähnlich tief greifend, wie es der Buchdruck war, wie es die Industrialisierung war. Wir sehen Machtverschiebungen. Machtverschiebungen, die teilweise bereits eingetreten sind. Sichtbar wird dies bei Debatten wie der über das Leistungsschutzrecht, über das Verhältnis zwischen den Mediengesellschaften und den Usern, zwischen Contentprovidern und Suchmaschinen. Wir haben aber auch Machtverschiebungen vor uns, die wir noch gar nicht absehen können. In dem Vorpapier zu dieser Konferenz waren die Streitigkeiten über eine gerechte Ausfertigung eines modernen Urheberrechts angedeutet. Sie sind die derzeit vielleicht sichtbarste Auswirkung dieser Veränderung.

Das Internet ist dabei auch die zweite Phase der Globalisierung. Wir haben jetzt eine kommunikative und informationelle Globalisierung vor uns, nachdem die Globalisierung der Arbeit und der Produktion ein Thema war, das uns die letzten 30 Jahre beschäftigt hat. Wie es weitergeht, wenn jetzt weltweit Mikrofabrikation aufkommt, 3-D-Drucker verfügbar sind, wenn wir die Herstellung generischer Objekte weltweit sehen, wenn also auch die Produktion

tatsächlich globalisiert wird, wird sich zeigen. Es wird aber spannend werden. Diese kommunikative Globalisierung der Menschen bringt erstmals in der Geschichte eine technische Gleichheit zwischen Sendern und Empfängern mit sich. Bis vor kurzem war die Publikation einer Meinung Einzelnen überlassen. Oder auch die Publikation der eigenen Kunst. Man hatte als Künstler bis vor kurzem nicht die Möglichkeit, sich selbst einem breiten Massenmarkt zugänglich zu machen. Es gab die Indi-Kunst, mit der man in kleinen Clubs, in kleinen Cafés auftreten konnte, aber die große Mehrheit hat man kaum erreicht. Es konnte jeder ein Flugblatt schreiben und drucken, man konnte es verteilen, aber die ganze Welt hat man damit nicht erreicht. Das ist heute anders. Heute kann nicht mehr nur der Redakteur einer Zeitung seine Meinung veröffentlichen, nicht mehr nur Politiker oder Wissenschaftler können ihre Meinung sagen, sondern es kann eigentlich jeder. Früher war es so, dass neue Parteien z. B. Probleme damit hatten, ihre Mitglieder zu erreichen, Interessierte zu erreichen. Sie konnten sich nicht in den politischen Diskurs einbringen. Heute diskutieren wir über Blogs, Microblogs, soziale Netzwerke und öffnen damit auch den politischen Diskurs für völlig neue Bevölkerungsschichten und Beteiligungsmodelle. Auch der Zugang zu Informationen war beschränkt. Wer nicht gerade in einem Fachbereich arbeitete, hatte Schwierigkeiten damit, sich tatsächlich unvoreingenommen und vollständig in neue Themenfelder einzuarbeiten. Der Staat, die materiellen Machthaber hatten ein Wissensmonopol. Ich benutze den Begriff „materielle Machthaber“ hier ganz ideologiefrei, nicht um alte Dispute im Kampf zwischen Kapital und Arbeitnehmer oder Ähnliches wieder aufzugreifen. Ich will nur die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht auf der einen Seite und der informationellen Macht auf der anderen Seite aufzeigen. Das hat sich sehr grundlegend verändert. Wie gesagt, heute kann jeder seine Meinung sagen, jeder kann mit jedem diskutieren.

Dieses „Jeder“ ist dabei global zu verstehen. Ich habe vor kurzem meine Diplomarbeit geschrieben. Dabei wusste ich häufig nicht, ob die Wissenschaftler, mit denen ich diskutiere, nun im Nebenraum sitzen, in Hongkong oder in Seattle, was dann bei der Weihnachtsfeier des Instituts zu einer interessanten Überraschung führte, als ich feststellte, dass der Kollege aus Indien tatsächlich zwei Räume weiter saß, was die Kommunikation bisweilen doch erleichtert hätte.

Diese Informationen sind nun überall verfügbar. Verfügbarkeit ist eine Eigenschaft des Netzes, an die man sich sehr schnell gewöhnt. Betrachten wir z. B. Open-Source-Projekte, also Projekte, bei denen Software nicht mehr von einzelnen Firmen entwickelt wird, sondern in einer großen Community, in einer

Gemeinschaft. In diesen Projekten ist es zu großen Teilen üblich, dass einzelne Maintainer die Kontrolle über das Softwareprojekt haben. Vielleicht haben sie diese aus Tradition, weil sie das Projekt entworfen haben, vielleicht weil sie dazu von ihrem Vorgänger bestimmt wurden oder weil sie gewählt wurden. Sie bestimmen dann darüber, welche Bugfixes, welche neuen Optionen und Features in die Software eingebaut werden. Das hört sich im ersten Moment zutiefst undemokratisch und stark hierarchisch an, tatsächlich ist es aber nur eine nominelle Kontrolle. Denn die tatsächliche Kontrolle, die tatsächliche Debatte über die Entwicklungen läuft offen. Open-Source-Projekte öffnen sich einem beständigen Dialog mit den Anwendern, Nutzern und Entwicklern. Aus diesem Feedbackkanal entsteht ein Druck zur Veränderung – werden Wünsche nicht aufgenommen, Bugs nicht schnell genug gefixt, nimmt das Projekt eine falsche Wendung, so wenden sich die Anwender ab.

Aus der nominell undemokratischen Hierarchie wird ein quasi basisdemokratisch kontrolliertes Projekt. Aber mehr noch: Wir sehen einen unmittelbaren Gewinn von transparenten und offenen Arbeitsweisen. Wir sehen, dass Fehlermeldungen im Netz diskutiert werden, dass sie direkt veröffentlicht werden. Für eine Firma ist das ein Ansatz, der gefährlich aussieht. Wenn die Fehlerberichte, die Bugreports, direkt offengelegt werden, dann weiß die Konkurrenz, was gemacht wird, vor welchen Problemen ich stehe. Und statistisch betrachtet werden Sie häufig vor genau den gleichen Problemen stehen, Sie werden die gleichen Fehler sehen und die diskutierten Lösungen dann vielleicht auch übernehmen können. Oder zumindest können Sie Ihre Strategie auf die Fehler ausrichten. Auf den ersten Blick wirkt das wie ein ungeschickter Schachzug, eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Konkurrenz. Tatsächlich ist es aber so, dass die Öffnung diese Diskussion auch ermöglicht, dass man das Feedback von einer ganzen Reihe von Experten, von Benutzern aufgreifen kann und sehr viel schneller zu Lösungen kommt, vielleicht auch zu besseren Lösungen kommt, als das der Fall ist, wenn man alleine arbeitet. Und damit entsteht wieder ein Gewinn – schnellere Lösungen sind ein entscheidender Vorteil als eine offene Diskussion der Fehler.

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Als Programmierer wird man sehr schnell betriebsblind. Man sieht die Fehler im eigenen Code nicht mehr, die Denkfehler bleiben verborgen. Kurz: Man sieht vielleicht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Ein offenes Feedback von Dritten kann hier sehr viel Gewinn bringen.

Wieso sollte das aber nur bei Software so sein? Wieso sollte das nicht auch in der Politik so sein, dass die offene Diskussion über einen Fehler uns ermöglicht, ganz neue Möglichkeiten, ganz neue Lösungen zu finden? Und an diese

Transparenz im Umgang mit Fehlern hat man sich nun im Netz gewöhnt – in der Anfangsphase des Netzes war es das übliche Vorgehen, später wurde es zum De-facto-Standard. Wenn die Menschen sich aber daran gewöhnt haben, wenn sie nur das kennen, dann erwarten sie dieses Vorgehen auch in der Politik, dann erwarten sie es auch in der Gesellschaft. Sie wollen diese Mitbestimmungsmöglichkeiten, diese Diskussionsmöglichkeiten auch anderswo sehen. Sie wollen die Transparenz überall sehen, sie wollen den freien Zugang zu Informationen, die sie brauchen, um ein Problem wirklich zu verstehen. Wir sehen dies in sozialen Netzwerken. Wenn sich Politiker bei Facebook, bei Twitter engagieren, dann gibt es dort zwei Arten von politischen Accounts: Die einen werden betreut von den Politikerbüros. Sie machen schöne Stellungnahmen, sie schreiben, wo jetzt gerade der Herr Ministerpräsident, die Frau Ministerpräsidentin gerade war, was für ein Treffen es war und wie schön es dort war. Aber ein tatsächlicher Diskurs entsteht nicht wirklich. Bekannt werden diese Profile nicht. Es bringt den Politikern auch keinen qualitativen Gewinn. Es gibt andere Politiker, die sich der Debatte stellen, die die Möglichkeiten dieser Netzwerke tatsächlich nutzen und z. B. eine Frage stellen, Kritik aufnehmen, diese Kritik wieder beantworten. Das erzeugt eine große Menge an tatsächlich wenig zielführender Kommunikation – aber es erzeugt auch wertvolles Feedback, zeigt Fehler und neue Denksätze auf. Und es bringt natürlich eine ganz neue Form von Publicity mit sich. Zugegeben: Es funktioniert nicht immer. Insbesondere in der Anfangszeit macht man auch sehr viele Fehler. Aber Fehler kann man immer machen und wer es gar nicht erst versucht, der macht den größten Fehler überhaupt.

Wer nur schreibt und wer nicht liest, verliert. Die Kommunikation ist tatsächlich bidirektional geworden. Wir haben damit die Chance, das Raumschiff Parlament zu verlassen. Wir haben die Möglichkeit, ein ständiges Feedback, einen permanenten Diskussionskanal zwischen Bürgern und Politik zu etablieren. Wir haben eine Aussage, einen Gesetzesentwurf, und wir können dieses Feedback auch wieder aufgreifen, das von unten nach oben, hinauf diffundieren kann. Es ist ein Widerspruch zu dem politischen System, das wir haben. Dieser Widerspruch hat historische Gründe. Politische Systeme sind immer ein Spiegel der Zeit, in der sie entstanden. Ein Spiegel der Technik, mit der sie entstanden sind. Wir sehen das gerade in den USA, wo es darum geht, einen neuen Präsidenten oder aktuell Präsidentschaftskandidaten zu küren. Dort existierte bei der Entstehung des Systems ganz schlicht und ergreifend keine Möglichkeit, um eine zentrale Wahl über einen ganzen Kontinent sauber, ordentlich und gerecht durchzuführen. Also überlegte man sich ein System mit Vorwahlen, bei denen man Wahlmänner wählte, die dann an den zentralen Ort reisten, dort den Kandidaten aus den Kandidaten auswählten. Das ist ein

System, das man heute ganz anders lösen könnte. Aus heutiger Sicht wirkt es antiquiert, wie unser eigenes System auch. Bei der Gründung der Bundesrepublik gab es Systeme, um eine zentrale Wahl zu organisieren. Aber es gab keine Möglichkeit, ein direktes Feedback zwischen den Menschen und der Politik vorzunehmen. Wir hatten nicht die technische Möglichkeit, uns ständig mit allen Menschen zu vernetzen, zu diskutieren. Daher haben wir derzeit nur die Möglichkeit, Experten zu wählen, die dann diskutieren, die Zugang zu den Informationen haben und entscheiden.

Heute sieht es aber technisch und gesellschaftlich anders aus. Heute haben wir mit dem allgegenwärtigen Zugang zu Informationen tatsächlich die Option, dass wir diskutieren können. Das ist ein Widerspruch zur Politik. Wir haben diesen Widerspruch gesehen z. B. bei „Stuttgart 21“. Es ist ein häufig zitiertes Beispiel. Aber es zeigt schön auf, was passieren kann, wenn die Politik eine Entscheidung nicht diskutieren und kommunizieren kann. Es zeigt die Risiken, wenn der Diskurs mit den Menschen vermieden wird. Paradoxe Weise entsteht dann ein Konflikt, unabhängig von den real existierenden Mehrheiten – es hat sich ja eine Mehrheit für „Stuttgart 21“ ausgesprochen. Die Debatte eskalierte aber ob der Unmöglichkeit mitzudiskutieren und des Gefühls, dass nicht alle relevanten Daten veröffentlicht wurden.

Nehmen wir ein anderes konkretes Beispiel: die Diskussion über das Urheberrecht. Was ist die Diskussion über das Urheberrecht tatsächlich? Geht es darum, dass Künstler alles freistellen wollen? Geht es darum, dass die Menschen alles kostenlos wollen? Nein. Zu keinem Moment und zu keinem Zeitpunkt ging es darum, alles kostenlos zu gestalten oder dem Künstler das Recht auf seine Schöpfungen zu nehmen. Ganz im Gegenteil. Es geht um Freiheit. Es geht darum, dass die Menschen ihr Leben frei von Fremdbestimmung gestalten wollen und dass sie nicht akzeptieren wollen, dass zum Schutz eines spezifischen Marktmodells sehr weitgehend in ihr Leben eingegriffen wird. Dass es nicht um Kostenloskultur geht, zeigt sich am Erfolg, den iTunes damals hatte. Zu der Zeit, als iTunes Anfang des 21. Jahrhunderts auf den Markt kam, sahen wir die Diskussion über die frühen Peer-to-Peer-Tauschbörsen und den unbezahlten Austausch von Musik über das Netz. Wir sahen die Kampagnen in den USA durch die RIAA, bei uns z. B. durch die GEMA oder ähnliche Organisationen. In diesen Kampagnen wurde der Austausch von Musik kriminalisiert, als etwas Verbotenes dargestellt. Es wurde versucht darzustellen, dass durch den Austausch die Musikbranche kaputtgehen wird, dass die Menschen Verbrecher sind. Übrigens gab es ähnliche Kampagnen in den 70er Jahren, als Kassettenrekorder groß in Mode kamen. Das hat in beiden Fällen überhaupt nichts gebracht. Das hat den Markt für

Tauschbörsen nicht verringert. Das hat die Menge des Austauschs, den es gab, nicht reduziert. Dann kam Apple und brachte ein neues Marktmodell auf, zeigte, dass man Musik bequem handeln kann, und plötzlich wurden Tauschbörsen unwichtig, plötzlich wurden sie klein. Warum? Weil es dem Menschen nie darum gegangen ist, dass sie etwas kostenlos wollen, sondern dass sie Musik so nutzen wollen, wie sie dann eben ihr Leben empfinden, und in dem Fall dann eben auf dem Rechner.

Und so ist das Problem beim Urheberrecht auch nicht die Frage, ob man für etwas zahlt oder ob nicht. Sondern nur die Frage, ob man dem Menschen die Freiheit lässt, selbst zu entscheiden, wie sie leben wollen, oder ob vom Staat ein festes Marktmodell festgelegt wird. Zugegeben: Dieses Marktmodell hat ein paar hundert Jahre lang funktioniert. Wieso sollte sich dieses Marktmodell verändern? Aber dieser Ansatz ist falsch. Die korrekte Frage wäre doch vielmehr: Wieso sollte die Gesellschaft die Aufgabe haben, ein Marktmodell zu schützen? Sie hat die Aufgabe, den Künstler zu schützen, aber nicht das Marktmodell. Das muss ich an die Zeit anpassen. Genauso wie es beim Übergang von Kutschen zu Autos der Fall war.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel. Ich bin von der Piratenpartei, ich werde sie daher auch als Beispiel benutzen. Es gibt das Missverständnis, dass wir als eine Partei entstanden wären, die sich nur um Netzpolitik kümmern möchte, die sich darum kümmern möchte, dass das Internet frei bleibt oder dass die Technik Internet unberührt bleibt. Das stimmt nicht. Die Technik Internet ist mir persönlich völlig egal. Als Bioinformatiker finde ich sie weitgehend trivial, uninteressant, im politischen Alltag nicht relevant. Netzneutralität ist eine wichtige Voraussetzung. Aber über Netzneutralität kann man nicht beliebig lange diskutieren. Da gibt es ein paar unterschiedliche Ansätze und ich hoffe sehr, dass wir uns auf einen allgemeinen einigen können.

Aber andere Fragen sind interessanter. Mir geht es darum, wie sich die Gesellschaft verändert. Dann reden wir aber nicht von Netzpolitik. Dann reden wir von der klassischen Politik. Nehmen wir als Beispiel die Bildungspolitik. Was ist Bildungspolitik in einer digitalen Zeit? In der Schule wird z. B. vermittelt, wie Quellen bewertet werden sollen oder wie eine Tageszeitung funktioniert. Aber das reicht in unserem digitalen Zeitalter nicht mehr aus. Wir können nicht nur fragen: Wie bewerte ich Meldungen aus der Tagesschau?, sondern wir müssen auch auf Blogs eingehen. Wir müssen Quellenvergleiche anführen, Recherchen etc. Wir müssen auch Eltern schulen. Eine Frage wäre: Wie Sorge ich dafür, dass meine Kinder, wenn sie am Rechner sind, keine Probleme erhalten? Denn es stellt sich dabei das ganz schlichte Prob-